



## Niederschrift Sitzung des Bauausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 02.04.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:32 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Bürgersaal des Stadthauses
<b>Sitzungsnummer</b>	BAU/030/14

---

- 1 Bericht des Magistrats
  - 1.1 Sanierung der Einsiedlerstraße
  - 1.2 Informationsveranstaltung der Deutschen Bahn i. S. Schallschutz Marienstraße am 12.03.2014
  - 1.3 Rissanierung in bituminösen Deckenschichten in Gernsheim
  - 1.4 Bauleitplanverfahren Neuwingert
  - 1.5 Diverse Auftragserteilungen i. S. Neubau der Kinderkrippe Eulennest im Konrad-Adenauer-Ring 5 - 5e
  - 1.6 Bildung einer Genossenschaft für das Gernsheimer Hallenbad
  - 1.7 Straßenbeleuchtung Neubaugebiet "Wohnanlage östlich der Ringstraße"
  - 1.8 Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet
  - 1.9 Auftragserteilung zur Erneuerung der Chlorgasanlage im Wasserwerk
  - 1.10 Neue Seillandschaft auf dem Spielplatz Berleweg
  - 1.11 Ausbau des Hafenbeckens II
- 2 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;  
Abschluss eines öffentlich rechtlichen Vertrags zwischen der Stadt Gernsheim und dem Kreis Groß-Gerau zu Kompensationsmaßnahmen und Ersatzlebensräumen für das geplante Industriegebiet Ost, beschlossen durch Magistrat am 19.02.2014  
Vorlage: 0032/S/14
- 3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;
  - 2. Änderung des Flächennutzungsplans
  - Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Industriegebiet Ost“
  - Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans „Die Grabenäcker“

a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

b) Beschlussfassung zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans und Satzungsbeschluss der Bebauungspläne nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO) und 10 Baugesetzbuch (BauGB), beschlossen durch Magistrat am 19.02.2014

Vorlage: 0033/S/14

- 4 Unterflur Müllentsorgung  
hier: Prüfantrag der FWG-Fraktion vom 18.02.2014, eingegangen am 19.02.2014  
Vorlage: 0049/S/14
- 5 Breitband - Schnelles Internet für Gernsheim  
hier: Antrag der CDU - Fraktion vom 24.02.2014, eingegangen am 26.02.2014  
Vorlage: 0060/S/14
- 6 neu Lärmschutz entlang der Bahn
- 7 An- und Verkauf von Grundstücken  
beschlossen durch Magistrat am 05.03.2014  
Vorlage: 0050/S/14
- 8 An- und Verkauf von Grundstücken  
beschlossen durch Magistrat am 05.03.2014  
Vorlage: 0058/S/14

**Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste**

### **Verlauf**

Herr Vorsitzender Hammann begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Vorsitzender Hammann stellt fest, dass folgende Damen und Herren Stadtverordneten im Bauausschuss stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Die Herren Bolenz, Gils und Thomas Müller

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Frau Elke Saltzer

Für die SPD/FDP-Fraktion: Herr Jirele

Für die Fraktion GuD: Herr Trommer

Für die FWG-Fraktion: Herr Hammann

Herr Bolenz beantragt für die CDU-Fraktion die Tagesordnungserweiterung um den TOP 6 neu –Lärmschutz entlang der Bahn-.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig

Nein-Stimmen : -

Enthaltung : -

Des weiteren beantragt Herr Bürgermeister Burger, die TOP 7neu und 8neu –An- und Verkauf von Grundstücken in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD, 1 FWG)  
Nein-Stimmen : 1 (GuD)  
Enthaltung : -

## **1 Bericht des Magistrats**

Im Rahmen des Magistratsberichts informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgende Punkte:

### **1.1 Sanierung der Einsiedlerstraße**

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 02.04.2014 beschlossen, , den Auftrag für die grundhafte Erneuerung der Einsiedlerstraße zwischen Karl- und Kiesstraße zu erteilen.

### **1.2 Informationsveranstaltung der Deutschen Bahn i. S. Schallschutz Marienstraße am 12.03.2014**

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass am 19.03.2014 eine Informationsveranstaltung der Deutschen Bahn bezüglich der eventuellen Errichtung einer Schallschutzwand entlang der Marien- und Birkenstraße in der Stadthalle stattgefunden hat. Die Bahn teilte u. a. mit, dass sie bestrebt sei, die Marien- und Birkenstraße in das Lärmsanierungsprogramm aufzunehmen. Zu diesem Termin wurden die Anwohner der Marienstraße, Birkenstraße und Teilbereiche der Bleich-, Mozart-, Eichendorff-, Kies-, Römer-, Oberfeld-, Feld-, Pfarrer-Dahl-, und Lindenstraße eingeladen. Des Weiteren waren Herr Bürgermeister Burger sowie Frau Debnar vom Bauamt anwesend.

Herr Burger ist der Meinung, dass dies nicht der richtige Weg gewesen sei. Zu diesem Termin hätten alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats eingeladen werden müssen und nicht nur der Teil der Stadtverordneten, der zugleich als Anwohner in der Marien- bzw. Birkenstraße betroffen ist.

Als Fazit dieser Informationsveranstaltung in der Stadthalle bleibt festzuhalten, dass die Meinungen zu dieser Schallschutzwand seitens der Anwohner der Marien-, Birken- und Bleichstraße sehr unterschiedlich sind; teils ist man für, teils gegen die Errichtung dieser Schallschutzwand. Aufgrund dessen hat die Stadt alle Anwohner offiziell angeschrieben und um ihr Votum gebeten. Erst dann wird über das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit entschieden.

Es ist vorgesehen, Frau Weiler von der Deutschen Bahn AG in die Bauausschuss-Sitzung am 20.05.2014 einzuladen, um den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats die Situation i. S. Lärmschutz näher zu erläutern.

### **1.3 Rissanierung in bituminösen Deckenschichten in Gernsheim**

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 02.04.2014 beschlossen, den Auftrag zur Rissanierung in bituminösen Deckschichten in Höhe von rd. 13.000,00 zu erteilen.

### **1.4 Bauleitplanverfahren Neuwingert**

### **1.5 Diverse Auftragserteilungen i. S. Neubau der Kinderkrippe Eulennest im Konrad-Adenauer-Ring 5 - 5e**

Der Magistrat hat in der Magistratssitzung am 19.03.2014 d den Auftrag für die Durchführung der Fensterbauarbeiten zum Angebotspreis von Euro 88.567,00 incl. MwSt. sowie für die Metallbau- und Verglasungsarbeiten in Höhe von Euro 61.415,90 einschl. MwSt. erteilt.

Des Weiteren hat er in der Magistratssitzung am 02.04.2014 seine Zustimmung zu folgenden Auftragserteilungen erteilt:

für die Elektroinstallationsarbeiten	€ 58.242,61
für die Lüftungsarbeiten	€ 42.991,23
für die Sanitärinstallations- und Heizungsarbeiten	€ 118.450,87

Es bleibt festzustellen, dass zurzeit nur relativ wenige Angebote abgegeben werden, da die Nachfrage auf dem Bau relativ stark ist.

Alle Arbeiten liegen im derzeitigen Zeitplan, so dass eine termingerechte Fertigstellung des Neubaus der Kinderkrippe im Herbst 2014 gewährleistet ist.

### **1.6 Bildung einer Genossenschaft für das Gernsheimer Hallenbad**

Der Genossenschaftsverband e. V. hat die Stadt Gernsheim mit Schreiben vom 18.02.2014 davon in Kenntnis gesetzt, dass ihn der Förderverein Hallenbad hinsichtlich der Zukunft des Hallenbades angesprochen habe. Nach Ansicht des Genossenschaftsverbandes wäre als alternatives Betreibermodell die Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft anzudenken.

Seitens des Genossenschaftsverbandes wird darum gebeten, zu einer Gesprächsrunde -unter Einbeziehung des Fördervereins- einzuladen; um über genossenschaftliche Beispiele und eine genossenschaftliche

Organisation des Badebetriebes neue Informationen zu erhalten.

Seitens der Verwaltung wird dazu die Auffassung vertreten, dass aufgrund der in den nächsten Jahren nicht absehbaren Neuerrichtung eines Hallenbades ein Gesprächsangebot zum derzeitigen Zeitpunkt nicht notwendig ist. Erst wenn sich aus dem Kreise der Bevölkerung die Bereitschaft zeigen sollte, eine Genossenschaft zu bilden und dazu auch finanziell beizutragen, wäre die Bildung einer Genossenschaft zielgerichtet. Dies allerdings nur, dass ein neues Hallenbad errichtet werden könnte, was wiederum eine dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit zur Deckung der laufenden Betriebskosten voraussetzt.

Seitens der Verwaltung ist daher nicht beabsichtigt, dem Gesprächsangebot zum gegenwärtigen Zeitpunkt näher zu treten.

Im Rahmen der Aussprache fragt Herr Trommer für die Fraktion GuD an, warum die Stadt Gernsheim sich einem Gesprächsangebot mit dem Genossenschaftsverbandes verweigert.

Herr Burger teilt diesbezüglich mit, dass das Genossenschaftsmodell bereits seit 2010 ein Thema ist. Momentan sehe man seitens der Stadt Gernsheim keine Veranlassung und auch keine Pflicht, dieses Gespräch zu forcieren. Er stellt den Fraktionen anheim, entsprechende Anträge zu stellen.

## **1.7 Straßenbeleuchtung Neubaugebiet "Wohnanlage östlich der Ringstraße"**

Der Magistrat hat am 05.03.2014 den Auftrag für die Erweiterung der Straßenbeleuchtung im Neubaugebiet „Wohnanlage östlich der Ringstraße“ in Höhe von € 25.574,29 erteilt.

Im Zuge der Erschließungsarbeiten der Wohnanlage war die Erweiterung der Straßenbeleuchtung erforderlich. Die Straßenbeleuchtung wird gemäß dem im Herbst 2013 festgelegten Leuchtentyp mit LED-Strahlern Levante 10 LED, 20 Watt, der Firma Cariboni mit einer Leistungsreduzierung auf 50 % erfolgen.

Die Einholung von Angeboten führte zu der Abgabe von drei verschiedenen Anbietern, von denen die Firma XXX das preisgünstigste Angebot abgegeben hat.

## **1.8 Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet**

Nachdem nun bereits in einigen Straßenzügen die Beleuchtungseinrichtungen durch neue LED-Lampen ersetzt wurden, wurde am 12.03.2014 durch die Firma Schlappner die Beleuchtungsstärke der neuen Beleuchtung im Vergleich zu der bisherigen Beleuchtung in herkömmlicher HQL-Technik vorgenommen.

Bei der Auswertung der Messprotokolle zeigt sich, dass die neue Straßenbeleuchtung unmittelbar an der Lampe eine etwas geringere Lichtstärke hat, dafür aber den Gesamtbereich der Beleuchtungseinrichtungen von jeweils 15 Metern rechts und links vom Aufstellort der Lampe besser ausleuchtet als die bisherige herkömmliche Leuchte. Dies insbesondere im Hinblick auf einen deutlich reduzierten Stromverbrauch von nunmehr 23 Watt zu vorher 80 Watt je Straßenlampe. Im vorgenommenen Versuchsaufbau wurde ein Rasterfeld in der Groß-Rohrheimer Straße aufgebracht und in den späten Abendstunden die Beleuchtungsstärke mit einem sogenannten Luxometer bestimmt.

Vorgenommene Kontrollmessungen durch die Bauverwaltung mit einem eigenen Messgerät führten zu fast gleichen Ergebnissen. Durch die Messung konnte nachgewiesen werden, dass sich in der Vor-/Nachherbetrachtung zwischen der bisherigen und neuen Straßenbeleuchtung kaum Änderungen sowohl in der Beleuchtungsstärke als auch in der Gleichmäßigkeit ergeben; hingegen ist es ein deutlicher Rückgang bei der erforderlichen Energiemenge zu verzeichnen.

## **1.9 Auftragserteilung zur Erneuerung der Chlorgasanlage im Wasserwerk**

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 19.03.2014 den Auftrag zur Erneuerung der Chlorgasanlage im Wasserwerk zum Preis von Euro 35.416,51 Euro einschl. MwSt. erteilt.

### **Begründung:**

Die vorhandene Anlage zur Desinfektion des Trinkwassers entspricht nicht mehr den gestiegenen Anforderungen in der Trinkwasserversorgung -im Speziellen den Anforderungen nach DIN 19606 „Chlorgasdosieranlagen zur Wasseraufbereitung - Anlagenaufbau und Betrieb“- und ist zu erneuern. Mit der neuen Anlage wird die räumliche Trennung zwischen Regelung und Dosierung aufgehoben und somit werden Mess- und Regelfehler ausgeschlossen. Durch die Dosiertechnik der neuen Anlage werden die Abläufe wesentlich verbessert, da eine volumenstromabhängige Dosierung erfolgt.

Gemäß § 5 (3) Hess. Vergabegesetz „sollen wenigstens drei bis fünf geeignete Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden“. Das gleiche Gesetz regelt in § 4 (3), dass bei freihändiger Vergabe „ausnahmsweise nur mit einem geeigneten Unternehmen über den Gegenstand und die Bedingungen des Auftrags verhandelt werden“ kann. Die Vergabefreigrenzen für eine freihändige Vergabe sind eingehalten.

Die sehr guten Erfahrungen mit der Fa. IBA veranlassten zu einer freihändigen Vergabe, da die Altanlage im Rahmen von Wartungsverträgen zur vollsten Zufriedenheit der Stadt Gernsheim von der Fa. IBA, Philippsburg betreut wurde und auf die Firma im Bedarfsfall immer Verlass war, sie stets kurzfristig zur Stelle war und mit fachmännischem Rat dem Betrieb zur Seite stand.

Die Auftragssumme deckt sich mit vorangegangenen Überlegungen und Kostenschätzungen. Der Preis ist wirtschaftlich angemessen und nicht überteuert.

Die Bauausführung soll im April 2014 beginnen und bis Ende Mai beendet werden.

#### **1.10 Neue Seillandschaft auf dem Spielplatz Berleweg**

Der Magistrat hat am 05.03.2014 den Auftrag an die Firma Spielplatzgeräte Seibel aus Speyer für die Lieferung und Montage einer Seillandschaft auf dem Spielplatz Berleweg in Höhe von € 13.811,24 inklusive Mehrwertsteuer erteilt.

Die Haushaltsmittel für diese Seillandschaft waren bereits im Haushaltsplan 2012 eingeplant. Nach der Einholung von Angeboten in Form einer Preisanfrage hat die Firma Seibel, Speyer, das kostengünstigste Angebot abgegeben. Die Spielgeräte werden voraussichtlich im Laufe der Monate April/Mai 2014 aufgestellt.

#### **1.11 Ausbau des Hafenbeckens II**

Mit der wasserrechtlichen Plangenehmigung vom 17.03.2014 hat das Regierungspräsidium Darmstadt der Gernsheimer Hafenbetriebsgesellschaft mbH (GHG) die Zulassung für die Errichtung neuer Spundwände im Hafenbecken II des Gernsheimer Hafens erteilt.

Längs der Südost-Kante des Hafenbeckens II wird eine neue Hochspundwand errichtet, die sich bis zum westlichen Ende des Beckenkopfes erstreckt. Daran schließt an eine neue Fußspundwand längs der westlichen Kante des Hafenbeckens II (Steigerseite).

#### **2 Bauleitplanung der Schöffersstadt Gernsheim; Abschluss eines öffentlich rechtlichen Vertrags zwischen der Stadt Gernsheim und dem Kreis Groß-Gerau zu Kompensationsmaßnahmen und Ersatzlebensräumen für das geplante Industriegebiet Ost, beschlossen durch Magistrat am 19.02.2014 Vorlage: 0032/S/14**

Der Bauausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ,  
folgenden Beschluss zu fassen:

#### **BESCHLUSS:**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss eines öffentlich-

rechtlichen Vertrags zwischen der Schöfferstadt Gernsheim und dem Kreis Groß-Gerau zur dauerhaften Schaffung sowie den Erhalt von Kompensationsmaßnahmen und Ersatzlebensräumen für das geplante „Industriegebiet Ost“ in der beiliegenden Fassung zu.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : -

- 3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;**  
**- 2. Änderung des Flächennutzungsplans**  
**- Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Industriegebiet Ost“**  
**- Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans „Die Grabenäcker“**
- a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**  
**b) Beschlussfassung zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans und Satzungsbeschluss der Bebauungspläne nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO) und 10 Baugesetzbuch (BauGB), beschlossen durch Magistrat am 19.02.2014**  
**Vorlage: 0033/S/14**
- 4 Unterflur Müllentsorgung**  
**hier: Prüfantrag der FWG-Fraktion vom 18.02.2014, eingegangen am 19.02.2014, Vorlage: 0049/S/14**

Seitens der FWG-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Der Magistrat der Stadt Gernsheim wird gebeten, mit der Firma Meinhard in Kontakt zu treten und ein mögliches Konzept der Unterflur Müllentsorgung zu erörtern. Dies sollte wenn realisierbar, als erstes in den beiden Neubaugebieten östlich der Ringstraße eingesetzt werden.

Herr Vorsitzender Hammann übergibt die Sitzungsleitung an Frau stellv. Vorsitzende Elke Saltzer, um den Antrag seiner Fraktion näher zu erläutern.

Intention des Antrages war es, das Stadtbild z. B. in einer Reihenhäuser- oder Wohnblocksiedlung zu verbessern und die Geruchsbelästigung zu verringern.

Im Rahmen der Aussprache fragt Herr Jirele für die SPD-Fraktion an,

welche Kosten auf die jeweiligen Anwohner zukommt. Er hätte sich eine Klärung durch den Antragsteller im Vorfeld gewünscht.

Herr Bürgermeister Burger verweist darauf, dass es bei einer entsprechenden Umsetzung dann auch zwei verschiedene Abfallsatzungen für die Einwohner Gernsheims geben wird.

In diesem Zusammenhang erinnert Herr Bolenz (CDU-Fraktion) an den Gleichbehandlungsgrundsatz, der beachtet werden sollte. Er schlägt vor, den Antrag zurückzuziehen.

Nach einer ausführlichen Diskussion zieht Herr Hammann für die FWG-Fraktion den Antrag zurück.

**5 Breitband - Schnelles Internet für Gernsheim  
hier: Antrag der CDU - Fraktion vom 24.02.2014, eingegangen am  
26.02.2014  
Vorlage: 0060/S/14**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Referenten der hessischen Landesregierung, der für das Projekt 'Mehr Breitband in Hessen' zuständig ist, und je einen Vertreter der Deutschen Telekom AG und der Stadt Rüsselsheim oder der Stadt Raunheim in eine öffentliche Sitzung des Bauausschusses zu laden, um für die Schöfferstadt Gernsheim Möglichkeiten aufzuzeigen, in eigener Regie den Breitbandausbau vorzunehmen.

Im Rahmen der Aussprache schlägt Herr Jirele für die SPD-Fraktion vor, ebenfalls Vertreter des Kreises Groß-Gerau sowie der Firma Unitymedia mit einzuladen.

Weiterhin schlägt Herr Weckerle für die Fraktion GuD vor, die aufgeführten Vertreter frühestens in der Juli-Runde einzuladen, da seines Wissens nach die Bundesregierung beabsichtigt, diesbezüglich etwas auf den Weg zu bringen. Er schlägt weiterhin vor zu prüfen, wie die Investitionen abgesichert werden.

Herr Bolenz regt an, den Text um die Worte „nach der Sommerpause“ zu ergänzen. Herr Bürgermeister Burger gibt allerdings zu bedenken, dass nach der Sommerpause bereits in die Haushaltsplanberatungen eingetreten wird und man die Kosten mit einkalkulieren müsse.

Der Antragstext wird einvernehmlich wie folgt geändert:

Der Magistrat wird gebeten, frühestens zur **Juli-Runde** einen Referenten der **Hessischen Landesregierung**, der für das Projekt „Mehr Breitband in Hessen“ zuständig ist, und je einen Vertreter der Deutschen Telekom AG, **der Firma Unitymedia** und der Stadt Rüsselsheim oder der Stadt Raunheim **sowie einen Vertreter des Kreises Groß-Gerau** in eine öffentliche Sitzung des Bauausschusses zu laden, um für die Schöfferstadt Gernsheim Möglichkeiten aufzuzeigen, in eigener Regie den Breitbandausbau vorzunehmen.

### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 5 (CDU, 1 SPD, 1 GuD)  
Nein-Stimmen : -  
Enthaltung : 2 (1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)

## **6 Lärmschutz entlang der Bahn**

Herr Bolenz teilt für die CDU-Fraktion mit, dass die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes zur Klarheit in Bezug auf die Angelegenheit Lärmschutz entlang der Bahnlinie (Marienstraße und Birkenstraße) verhelfen soll.

Er geht nochmals auf die Informationsveranstaltung der Bahn am 19.03.2014 in der Stadthalle ein. Weiterhin teilt er mit, dass inzwischen seitens der SPD-Fraktion Flugblätter an die Bewohner in den betroffenen Straßen verteilt wurden. Mit diesen Flugblättern hatte die SPD-Fraktion den Bahnanliegern aufgezeigt, wie der Lärm durch Schutzwände westlich der Gleise von der Bahnunterführung Karlstraße bis zum Ende der Wohnbebauung in der Marienstraße reduziert werden kann. Weiterhin sei die Rede von einem Aktionsbündnis gegen eine Lärmschutzwand, die seitens eines Immobilieneigentümers initiiert worden sei.

Seiner Meinung nach müsse man weitere Alternativen zur Lärm-Reduzierung in Betracht ziehen, bevor man über die Errichtung einer Lärmschutzwand nachdenkt. So könne man z. B. die Radsätze der Züge erneuern, auf leisere Bremssysteme umsteigen, die Bahn anhalten, langsamer zu fahren, um die Lärmbelästigung zu reduzieren.

Frau Saltzer schlägt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, eine Wand aus Plexiglas in Erwägung zu ziehen, die zweifelsohne für die Bahn teurer wäre, aber sich besser in das Landschaftsbild integriert.

Herr Bürgermeister Burger rät von einer Lärmschutzwand aus Plexiglas ab, da seiner Erfahrung nach diese sehr schnell verschmutzt und man die Bahn nur sehr schwer zur Säuberung bewegen könne.

Herr Jirele bedauert, dass bei der seitens der Verwaltung gestarteten Umfrage bezüglich der Errichtung einer Lärmschutzwand nur die Vermieter der Objekte entlang der der Marien-, Birken- und Bleichstraße

angeschrieben wurden und nicht die Mieter, die tagtäglich mit dem Lärm der vorbeifahrenden Züge konfrontiert werden.

Herr Bürgermeister Burger ist der Meinung, dass es richtig war, die Hauseigentümer anzuschreiben. Weiterhin warnt er vor übereilten Aktivitäten, da die Errichtung der Lärmschutzwand frühestens in 2017 umgesetzt werden soll. Er schlägt vor, die Umfrage, die bis zum 07.04.2014 läuft, abzuwarten und anschließend Frau Weiler von der Deutschen Bahn AG in die Sitzung des Bauausschusses am 20.05.2014 einzuladen. Bei Bedarf solle in der Juni-Runde erneut über die Situation diskutiert werden.

Herr Vorsitzender Hammann schließt um 19:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nicht öffentlichen Teil, nachdem der Vertreter der Presse sowie die Zuhörer den Sitzungssaal verlassen haben.

**7 An- und Verkauf von Grundstücken  
beschlossen durch Magistrat am 05.03.2014  
Vorlage: 0050/S/14**

**8 An- und Verkauf von Grundstücken  
beschlossen durch Magistrat am 05.03.2014  
Vorlage: 0058/S/14**

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzender

Schriftführerin